

Rathaus- Korrespondenz

gegründet 1861

Montag, 13. Dezember 1971

Blatt 3601



Die Leitlinien der Planung
=====

4. Tag der Budgetdebatte, 1. Referat

Wien, 13.12. (RK) Verwaltungsgruppe VI, Planung.

Referent Stadtrat Ing. Fritz Hofmann (SPÖ).

Einnahmen: 9,812.000 Schilling, Ausgaben: 46,680.600 Schilling.

In seiner Budgetrede beschäftigte sich Planungsstadtrat Ing. Fritz Hofmann vor allem mit den grundsätzlichen Problemen und den Leitlinien seiner Geschäftsgruppe. Gleichzeitig legte er den Gemeinderäten das Berichtswerk "Stadtplanung Wien 1963-1969" von Architekt Georg Conditt, dem nunmehrigen Direktor des Instituts für Stadtforschung vor.

Die Entwicklung im technologischen und sozialen Bereich gehe derartig rasant vor sich, daß man heutzutage vor Problemen stehe, die es vor wenigen Jahren noch gar nicht gegeben habe. Dieser rasche Wandel, den man in Wien vorerst nur in abgeschwächter Form verspüre, sei auch der Grund dafür, daß die Vorarbeiten für ein räumliches Leitbild zugunsten von Leitlinien für die Stadtentwicklung zurückgestellt worden seien. Der Entwurf für diese Leitlinien der Stadtentwicklung liege vor und werde vielleicht schon in wenigen Wochen zur Diskussion stehen. Diese Leitlinien würden eine Momentaufnahme vom Problembewußtsein und den Zielvorstellungen sein, die im zeitlichen Ablauf selbstverständlich Veränderungen unterworfen seien.

Ausführlich ging Hofmann auf die Probleme des Umweltschutzes ein. Die Koordinierung dieser Aufgaben einschließlich der Betreuung des im November geschaffenen Beirates für Umweltschutz werde von der Magistratsabteilung 22 vorgenommen, sodaß nunmehr

./.

im Bereich der Verwaltungsgruppe VI, in die bekanntlich die Baudirektion mit dem Referat für Lärmbekämpfung, Luftreinhaltung und Gewässerschutz eingegliedert worden sei, alle Möglichkeiten und Aufgaben in Sachen Umweltschutz konzentriert seien. In der ganzen Welt entwickle sich ein neues Umweltbewußtsein, fuhr Hofmann fort. So seien in der föderalistischen Schweiz eigene Bundeskompetenzen mit Verfassungsrang geschaffen worden. Die deutsche Bundesregierung wiederum habe ein umfassendes Umweltprogramm erarbeitet und der neuen österreichischen Bundesregierung schließlich gehöre ein eigener Minister für Gesundheit und Umweltschutz an.

Die Hauptaufgaben der Stadt konzentrierten sich zunächst auf die Reinhaltung der Luft, die Verminderung des Lärmes, die Reinhaltung des Wassers und die Beseitigung von Abfällen. Auf diesem Gebiet sei die Stadtverwaltung in den letzten Jahren ohnedies nicht untätig gewesen. Dazu komme, daß wegen des geringeren Wachstums im Wiener Raum die Umweltsprobleme sich hierzulande nicht so drastisch und drängend präsentierten wie in den großen westeuropäischen oder amerikanischen Ballungsräumen.

Die Hauptprobleme des Umweltschutzes für Wien beständen in der Praxis demnach aus folgenden Punkten:

Der Großteil der Luftverschmutzung wie auch des Lärmes rühre vom Auto her. Diese Belastungen würden mit weiterer **Motorisierung** noch ansteigen.

Wege zur Umstellung auf saubere Heizungssysteme müßten beschleunigt gesucht und die Abgasabgabe von Gewerbe und Industrie unter Kontrolle gebracht werden.

Es müsse rasch ein einfaches, aber doch umfassendes Meßsystem zur Erfassung der Luftverunreinigung aufgebaut werden.

Von einigen Sonderproblemen abgesehen, sei die Lösung der Abwasserfrage eingeleitet und die Müllbeseitigung bis auf weiteres befriedigend gelöst. Besondere Sorgfalt müsse allerdings der Behandlung von Industrieabfällen zuteil werden.

Die Sicherung der Trinkwasservorkommen müsse im regionalen, wenn nicht gar im nationalen Maßstab erfolgen.

Das Hochwasserschutzprojekt bringe für Wien wasserwirtschaftliche Veränderungen, unter anderem eine Stabilisierung des Wasserhaushaltes der Alten Donau.

Schließlich dürften die mengenmäßig weniger ins Gewicht fallenden Umweltprobleme, wie etwa die "wilden" Mistablagerungen oder die Beseitigung von Altölen nicht vernachlässigt werden.

Da die schädigenden Einflüsse einer biologisch gestörten Umwelt auf den Menschen unbestreitbar seien, Toleranzgrenzen für viele Bereiche derzeit aber nicht angegeben werden könnten, müsse die Belastung der Umwelt unter allen Umständen herabgesetzt werden. Deshalb seien Handlungen, die Umweltschäden überhaupt vermeiden helfen, höher zu bewerten als Maßnahmen zu deren nachträglichen Beseitigung. Grundsätzlich müßten aber die Kosten für die Behebung von Umweltschäden dem Verursacher angelastet werden.

Der Planungsstadtrat kam sodann auf die Bevölkerungsentwicklung zu sprechen und rief kurz die Ergebnisse der Volkszählung 1971 in Erinnerung: Stagnierende Gesamtbevölkerung Wiens, Zunahme des Anteils der Ausländer, Beibehaltung der Randwanderung aus den inneren in die äußeren Bezirke, starke Bevölkerungszunahme in den Gemeinden des Wiener Umlandes und schließlich eine Verflachung des Trends zur Auslaugung der entfernteren Zonen der Dreiländerregion Wien-Niederösterreich-Burgenland. Die Verflechtungen zwischen Wien und seinem Umland seien insgesamt größer geworden.

In der beabsichtigten Schwerpunktverlagerung von der Stadtentwicklung zur Stadterneuerung sei man im ablaufenden Jahr um einige Schritte weitergekommen, fuhr Hofmann fort. So habe erst kürzlich der Bautenminister bei einer Tagung des Hauptausschusses des Städtebundes im Rathaus die Grundzüge des im Entwurf fertiggestellten Bodenbeschaffungs- und Assanierungsgesetzes erläutert. Man hoffe, daß dieses vor allem von Wien so lange geforderte Gesetz 1972/73 voll wirksam werde. Seitens der Magistratsabteilungen 18 und 22 seien eine Reihe wichtiger Grundlagenarbeiten eingeleitet worden.

Zu seinem Bedauern habe er jedoch feststellen müssen, daß - von der Stadt selbst und einigen gemeinnützigen Wohnbauvereinigungen abgesehen - trotz der klaren Willens- und Bereitschaftserklärungen von privater Seite bisher kaum Initiativen zur Stadterneuerung ausgegangen seien. Sollte dies weiterhin so bleiben und die Stadtverwaltung beziehungsweise einige gemeinnützige Bauvereinigungen aus dem Sachzwang heraus allein zum Träger größerer Erneuerungsmaßnahmen werden, müsse er schon jetzt den in vergleichbaren Fällen üblichen Vowurf zurückweisen, die Gemeinde wolle alles selber machen und kommunalisieren, erklärte Hofmann.

Der Planungsstadtrat ging dann auch kurz auf das Problem des Verkehrsverbundes ein und berichtete über erfreuliche Fortschritte zwischen Wien, den ÖBB sowie den Bundesländern Niederösterreich und Burgenland. In Anbetracht einer stärkeren Zusammenarbeit zwischen einzelnen europäischen Ländern beziehungsweise Regionen könne man sich in der österreichischen Ostregion eine Vernachlässigung der Kooperation einfach nicht mehr länger leisten. Über Stadt-, Landes- und Parteigrenzen hinweg müsse es zu einer intensiven Zusammenarbeit kommen. Dazu gehöre auch eine geordnete Gesprächssituation zwischen Wien als Gemeinde und den Umlandgemeinden. Wie für die Dreiländerregion so sollte auch für die Stadtregion eine institutionalisierte Form gefunden werden.

Am Beispiel einer Kommunalen Gebietsreform und einer Neugliederung des Gebietes der Deutschen Bundesrepublik, Änderung der französischen Gemeindestruktur und Regionen und Überlegungen nach Schaffung neuer Regionen in Frankreich, Italien und sogar der Schweiz müßte man in Ostösterreich ebenfalls zu einer solchen Regionalisierung kommen. Keine Chance sehe er, sagte Hofmann, für die Verwirklichung eines Regionsmodells mit Wien als Hauptstadt eines Bundeslandes, das sich aus den Gebieten Wiens, Niederösterreichs und allenfalls des Burgenlandes bilden könnte. Ebenso aussichtslos sei immer wieder diskutierte Eingemeindung von Umlandgemeinden nach Wien.

Hingegen sollte die Bildung von Gemeindeverbänden im Wiener Umland positiv beurteilt werden. In solchen starken Gemeindeverbänden würden Wien echte Gesprächspartner für die Lösung der Stadt-Umlandprobleme erhalten. Selbstverständlich müßte außerdem die Zusammenarbeit der drei Bundesländer forciert werden.

Wenn im kommenden Jahr die Leitlinien für die Stadtentwicklung zur Diskussion gestellt würden, soll damit erreicht werden, daß auch eine breite Öffentlichkeit an der Erarbeitung der Zielsetzung für Wien mitwirke. Daher werde man anstreben, möglichst alle sozialen Gruppen in diese Diskussion hineinzubeziehen. Die Mitwirkung der Bürger und gesellschaftlichen Gruppen am politischen Entscheidungsprozeß sei schließlich eine Lebensfrage der Demokratie überhaupt. Eine solche Kooperation setze aber einen hohen Grad an Informiertheit der Öffentlichkeit voraus, ein Problem, dem die Stadt in den nächsten Jahren noch mehr Bedeutung werde schenken müssen als bisher. In diesem Zusammenhang richtete Hofmann an die Vertreter der Massenmedien den Apell, die Öffentlichkeit möglichst sachgerecht zu informieren.

Wohnbauqualität wird weiter gesteigert
=====4. Tag der Budgetdebatte, 2. Referat

Wien, 13.12. (RK) Verwaltungsgruppe VII, Hochbau.

Referent: Stadtrat Hubert Pfösch (SPÖ).

Einnahmen: 764,629.100 Schilling, Ausgaben: 1.691,467.900 Schilling.

Der gesamte Bauaufwand der Gruppe Hochbau werde 1972 mehr als 2,5 Milliarden Schilling betragen, hob Stadtrat Hubert Pfösch zu Beginn seiner Budgetrede hervor. Im Jahr 1971 sei die Bautätigkeit in Wien so umfangreich und intensiv gewesen, wie kaum in einem Jahr vorher: um 34 Prozent sei der Hochbau gegenüber dem Vorjahr gesteigert worden, der Tiefbau sogar um 52 Prozent. Durch eine kontinuierliche Beschäftigung der Bauwirtschaft habe die Stadt Wien die Voraussetzungen für die ständige Vollbeschäftigung geschaffen. Die Situation im August 1971 war so günstig, daß auf einen Bewerber fast zwei Arbeitsplatzangebote entfielen.

Ganz entschieden wies der Hochbaustadtrat auf den Mangel an baureifen Grundstücken hin - eine Situation, die sich verschlimmern werde, wenn nicht sehr rasch die Gesetze über Bodenbeschaffung und Assanierung wirksam würden. Die Bereitstellung von Baugrund zu erträglichen Bedingungen sei eine wesentliche Voraussetzung dafür, daß Wien seine Aufgaben im Dienste der Bevölkerung erfüllen könne.

Hochbaustadtrat Pfösch ging dann im Detail auf die Aktivitäten seiner Geschäftsgruppe ein:

MA 19 (Architektur): Zur weiteren Erhöhung der kommunalen Wohnbauqualität seien eine Reihe wichtiger Untersuchungen veranlaßt worden. Diese Initiativen werden auch 1972 fortgesetzt, unter anderem durch einen Wettbewerb "Wohnen morgen", für die Behauung des Areals der abgesiedelten Hauptwerkstätte der Verkehrsbetriebe im 15. Bezirk und durch Umbaumodelle für Altwohnungen. Vorschläge der Architektenschaft, die auf eine Verwendung neuester Erkenntnisse in der Ausstattung von Wohnungen abzielen, werden eingehende geprüft. Ein Terrassenhaus, dessen Bau in Kürze in der Per Albin Hansson-Siedlung-Ost begonnen wird, kreiert eine neue Wohnbauform, die den Mietern Stockwerkwohnungen mit einem "grünen Zimmer" bietet.

Weitere Studien zielen darauf ab, eine höhere Flexibilität der Wohnungsgrundrisse zu erreichen, desgleichen werden die Möglichkeiten zur Modernisierung der Wohnhausanlagen aus der Zwischenkriegszeit studiert.

MA 32 (Maschinenbau, Wärme-, Kälte- und Energiewirtschaft): Die Abteilung habe bereits die Grundlagen für den Einbau von Zentral- und Etagenheizungen mit Warmwasserbereitung in Altbauwohnungen erarbeitet. Dabei sollen die vorhandenen Gasinstallationen ausgenutzt werden. 1972 sollen die ersten Probeanlagen erstellt werden.

Grundsätzlich plädierte Stadtrat Pfoch für geeignete Maßnahmen zur sinnvollen Rationalisierung auf dem Bausektor. Aus diesem Grunde habe er den Vorschlag unterbreitet, ähnlich wie auf Bundesebene auch in Wien einen Beirat als permanentes Gesprächsforum aller interessierten Stellen zu schaffen. Dieser Vorschlag sei begrüßt worden, sodaß die Konstituierung des Beirates in die Wege geleitet werden könne. Auch eine Überprüfung des Vergabewesens - immer häufiger werden Hauptunternehmer mit einem Projekt beauftragt - und der Ausbau des Projektmanagements zielen auf weitere Rationalisierung ab.

MA 24 (Wohnhaus- und Siedlungsbau): Für die Fortsetzung begonnener Wohnhausbauten und für den Neubau von weiteren 5.000 Wohnungen stehen 1972 rund 1,27 Milliarden Schilling (151,7 Millionen aus dem Wiener Wohnbaufonds und 1,12 Milliarden aus Wohnbauförderungsdarlehen 1968 und Wohnbauförderungszuschußfonds 1971) zur Verfügung. Die Wohnbau-Schwerpunkte werden im 21. und 22. Bezirk liegen, darüber hinaus werde man immer mehr auch in dichtverbauten, überalteten Vierteln neue Wohnbauten errichten. Von der Wiedereingliederung der Stadtplanung in das Stadtbauamt sei künftig eine frühzeitige Abstimmung von Planung und Durchführung zu erwarten. Der neue Typenschlüssel mit nunmehr 75 Prozent C-Typen (Drei-Raum-Wohnung) und 15 Prozent D-Typen (Vier-Raum-Wohnung) habe die Durchschnittsnutzfläche auf 74 Quadratmeter ansteigen lassen.

Weitere Bemühungen der MA 24 gelten der Verbesserung des Wärmeschutzes und der Schalldämmung. Gemeinsam mit dem Arbeitsring für Lärmbekämpfung seien Richtlinien für lärmarme Bauführungen ausgearbeitet und in die Bauausschreibungen aufgenommen worden. Auch die Luftverunreinigung werde durch ähnliche Bestimmungen bekämpft. Im Interesse des Umweltschutzes sind ferner die Pläne, kleinere Wohnhäuser mit Gasetagenheizungen oder mit einer einschienigen Stromversorgung auszustatten. Versuchsweise soll auch ein größeres Wohnbauprojekt eine vollelektrische Versorgung erhalten.

Die Entwicklung eines widerstandsfähigen Holz-Aluminiumfensters und der Bau von nunmehr zwei- und sogar dreigeschossigen offenen Garagen sind weitere Aktivitäten der Wohnhausabteilung. Erstmals sind heuer auch bei neuen Wohnbauten Flächen, die nicht sofort bebaut werden, als Spielwiesen "auf Zeit" hergerichtet worden. Damit werde nicht nur genügend Bewegungsraum für Kinder geschaffen, sondern auch ein Beitrag zur Umweltsanierung geleistet. Zur ständigen Verbesserung der Wohnbauqualität werden weitere Forschungsarbeiten in Auftrag gegeben.

MA 34 (Elektro-, Gas- und Wasseranlagen): Über Auftrag von Stadtrat Pfoch werden Überlegungen angestellt, wonach die Sanitätsinstallationen in Badezimmern so gestaltet werden, daß zusätzliche Anschlußmöglichkeiten geschaffen werden.

MA 26 (Gebäude des Kultur- und Schulwesens): Sechs fertiggestellte und zehn in Bau befindliche Schulen in Neubaugebieten stellen den Schwerpunkt der Arbeit im zu Ende gehenden Jahr dar. Mit 268 Millionen Schilling im kommenden Jahr werden die Ausgaben für Schulneubauten neuerlich gesteigert. Bei zwei in Bau befindlichen Schulen in Kaiser-Ebersdorf und in der Per Albin Hansson-Siedlung-Ost werden Rundturnhallen fertiggestellt, zwei weitere Projekte wurden in Auftrag gegeben. Insgesamt sind bereits 74 mobile Schulklassen zur Verfügung gestellt worden, weitere 15 werden 1972 angeschafft.

Neue Aspekte im Schulbau sind von einer Untersuchung der Architekturabteilung über die Auswirkung neuer pädagogischer Konzepte zu erwarten.

Weitere Projekte, die 1972 in Angriff genommen werden oder bereits in Bau sind: Ausbildungszentrum für Sozialberufe, Volkshausstätten in Hietzing und in der Großfeldsiedlung, Häuser der Begegnung in Liesing und in Rudolfshaus, Hallenstadion, Sportzentrum West, neues Laborgebäude für Versuchs- und Forschungsanstalt. Das Bezirkszentrum Donaustadt wird 1972 seiner Bestimmung übergeben.

MA 23 (Gebäude des Wohlfahrts- und Gesundheitswesens):

Die großen Spitalsbauten, St. Marx, Großmarkt Inzersdorf und die Bäderneubauten werden von dieser Fachabteilung betreut. 1972 stehen insgesamt 710 Millionen Schilling zur Verfügung.

Der Erhaltung der Bauten komme künftig eine steigende Bedeutung zu, betonte Hochbaustadtrat Pföschl. Auch in den kommenden Jahren müssen dafür erhöhte Mittel in Aussicht genommen werden. Im Voranschlag seien namhafte Beträge für derartige Klein- und Kleinstbauvorhaben vorgesehen.

Mit dem Baubeginn des Hauptgebäudes werde 1972 ein Meilenstein beim Allgemeinen Krankenhaus erreicht. Im Hochhaus der neuen Rudolfstiftung soll Ende 1972 der Ausbau vollendet sein. Dieses Gebäude ist eine der größten Winterbaustellen. 1974 werde Wien in der Rudolfstiftung eines der modernst eingerichteten Krankenhäuser Europas besitzen. Stadtrat Pföschl verwies auf die kürzlich erfolgte Inbetriebnahme der Unfallchirurgie im Wilhelminenspital und auf den neuen Kinderpavillon im Neurologischen Krankenhaus Rosenhügel, der 1972 die Rohbaugleiche erreichen werde.

Das Jahr 1972 bringt auch die Eröffnung des Großmarktes Inzersdorf und die Inbetriebnahme des Fleischzentrums St. Marx.

Fertigteil-Kindertagesheime - von der VÖEST errichtet - wurden heuer vier und sollen im kommenden Jahr sechs aufgestellt werden.

Die MA 44 (Bäder) meldet mit rund 1,7 Millionen Badegästen in den Sommerbädern eine erfreulich hohe Besucherziffer für 1971, die lediglich 1967 (1,9 Millionen Besucher) übertroffen wurde. Im übrigen weiterhin die bereits seit Jahren deutliche Tendenz: bei den Reinigungsbädern rückläufiger Besuch, in den Schwimmhallen, Dampf- und Saunaabteilungen steigende Frequenz.

Die am 17. Dezember vorgesehene Eröffnung der ersten, in einem Volksbad eingebauten Sauna, nämlich im Hermannbad im 7. Bezirk, passe sich den geänderten Badebedürfnissen der Bevölkerung an.

1972 werden 124 Millionen Schilling für den Bäderbau investiert. Von dem vor drei Jahren beschlossenen Bäderkonzept seien bereits 31 Prozent realisiert worden, hob Stadtrat Pfoch hervor. Die Form des kombinierten Hallen- und Freibades - wie sie beim Theresienbad und in jüngster Zeit beim Ottakringer Hallenbad ausgeführt wurde - werde in Zukunft bei einer Reihe von neuen Projekten forciert werden. Mit einem weiteren Freibecken und dem neuen Umkleidegebäude werde das Ottakringer Bad bis 1973 voll ausgebaut sein.

Weitere wichtige Vorhaben: Fertigstellung des Kinderfreibades in Hirschstetten im nächsten Jahr, Projektierung des neuen "Höpflerbades" in Atzgersdorf und des neuen "Hohe-Warte-Bades", zügige Fortsetzung der Arbeiten am Dianabad, am Stadthallenbad und am Schafbergbad, Bau der Kurmittelanstalt Ober-Laa, weitere Modernisierung der bestehenden Bäder. Das Dianabad wird voraussichtlich Ende 1973 fertig, das Stadthallenbad erreicht 1972 die Gleiche und das Schafbergbad wird im nächsten Jahr den Badebetrieb provisorisch aufnehmen können.

1971 standen bei den Betriebskosten der Bäder 100 Millionen Schilling Ausgaben nur 34,5 Millionen an Einnahmen gegenüber. Stadtrat Pfoch bemerkte, daß im Interesse der Volksgesundheit eine völlige Beseitigung des Betriebsabganges zwar nicht angestrebt werden könne, daß jedoch gewisse Vereinfachungen und Vereinheitlichungen des Tarifes erreicht werden müssen.

(Unterbrechung des Sitzungsberichtes)

- - -

wettbewerb karlsplatz abgeschlossen

6 wien, 13.12. (rk) der internationale wettbewerb ueber die
gestaltung des karlsplatzes ist abgeschlossen. die jury wird am
donnerstag dieser woche unter vorsitz von prof. dr. roland
r a i n e r mit der arbeit beginnen. ueber das ergebnis
dieses bedeutsamen wettbewerbes wird sie planungsstadtrat
ing. fritz h o f m a n n bei einer

p r e s s e k o n f e r e n z

informieren, an der auch prof. rainer und die anderen mitglieder
der jury teilnehmen werden.

bitte merken sie vor:

zeit: montag, 20. dezember, 11.30 uhr.

ort: kuenstlerhaus, erster stock (karlsplatz).

keine ehe- und familienberatung waehrend der weihnachtsfeiertage

3 wien, 13.12. (rk) in der ehe- und familienberatung der magistratsabteilung 12, 1, gonzagagasse 23, entfallen infolge der feiertage die beratungsstunden. die letzte beratung in diesem jahr findet dienstag, den 21. dezember 1971, die erste beratung im neuen jahr, dienstag, den 11. jaenner 1972, in der zeit von 16 bis 18 uhr statt.

0940

weihnachtsferien fuer sozialberatungsstellen

4 wien, 13.12. (rk) die beratungsstellen der wiener sozialberatung bleiben anlaesslich der weihnachtsfeiertage vom 20. dezember 1971 bis 9. jaenner 1972 geschlossen.

0941

preisguenstige gemuese- und obstsorten

9 wien, 13.12. (rk) das marktamt der stadt wien teilt mit: heute waren auf den wiener maerkten folgende gemuese- und obstsorten besonders preisguenstig:

gemuese: chinakohl 4 schilling, weisskraut 4 schilling, karotten 4 bis 6 schilling je kilogramm.

obst: aepfel (qualitaetklasse 2) 6 schilling, bananen 7 schilling, orangen, blond 5.50 bis 6 schilling je kilogramm.

1035

Mittwoch Plakatausstellung im Kulturamt
=====

Wien, 13.12. (RK) In einer Ausstellung sind die besten Plakate des Jahres 1970 zusammengefaßt worden. Diese Ausstellung wird im Ausstellungsraum des Kulturamtes bis Mitte Jänner gezeigt. Vizebürgermeister Gertrude Fröhlich-Sandner wird Mittwoch die Eröffnung vornehmen.

Geehrte Redaktion!

Zu der Eröffnung der Ausstellung "Die besten Plakate des Jahres 1970" laden wir Sie herzlich ein.

Zeit: Mittwoch, 15. Dezember, 15 Uhr.

Ort: Kulturamt (Ausstellungsraum), 8, Friedrich Schmidt-Platz 5.

- - -

Rennerpreise 1971 verliehen
=====

Wien, 13.12. (RK) Zum achtzehnten Male wurden heuer die Preise aus der Dr. Karl Renner-Stiftung der Stadt Wien verliehen. Bürgermeister Felix Slavik hat auf Grund eines einstimmigen Beschlusses des von ihm eingesetzten Kuratoriums die Rennerpreise 1971 an folgende Organisationen verliehen: Hochschule für Bodenkultur, Spanische Reitschule (je 70.000 Schilling), Jugendfürsorgestelle des Österreichischen Gewerkschaftsbundes, Wiener Jugendhilfswerk (je 30.000 Schilling). Die Überreichung der Preise wird im Jänner 1972 stattfinden.

- - -

Geehrte Redaktion
=====

Wir erinnern daran, daß morgen, Dienstag, eine Konzertstunde in den Repräsentationsräumen des Rathauses stattfindet. Bürgermeister Felix Slavik hat dazu 80 Erzieher von städtischen Kinder- und Jugendheimen eingeladen. Bitte merken Sie vor:

Zeit: Dienstag, 14. Dezember, 15 Uhr.

Ort: Rathaus, Repräsentationsräume (Zugang über Präsidialstiege).

- - -

Ausstellungseröffnung

=====

Wien, 13.12. (RK) In der Galerie Pramergasse 1 im 9. Bezirk eröffnete Sonntag Bezirksvorsteher Schmiedbauer gemeinsam mit Bundesrat Abgeordneten Univ.-Doz. Dr. Giesel eine Ausstellung, die Werken des jungen Kärntner Graphikers K.F. Zech gewidmet ist. Akt, Landschaft und Stilleben sind die Motive der zum Teil naturalistischen und zum Teil abstrakten Arbeiten.

Die Ausstellung ist bis 30. Dezember und zwar Dienstag bis Sonntag von 10 bis 18 Uhr geöffnet.

- - -

Erhöhte Pensionsleistungen zugunsten der Stadtwerke

=====

Wien, 13.12. (RK) Der Finanzausschuß des Gemeinderates genehmigte Montag auf Antrag von Stadtrat Otto Schweda einstimmig eine verstärkte Finanzhilfe für die Wiener Stadtwerke. Seit Beginn des Jahres 1971 trägt die Finanzverwaltung die Pensionslasten der Stadtwerke, dafür bezahlen die Stadtwerke 25 Prozent der Aktivbezüge als Pensionsleistung. Dieser Betrag sollte ab 1. Jänner 1973 auf 20 Prozent gesenkt werden. Angesichts der schwierigen wirtschaftlichen Lage der Stadtwerke wird diese Kürzung auf den 1. Jänner 1972 vorgezogen. Damit erhöht sich die Belastung der Hoheitsverwaltung zugunsten der Stadtwerke um 71,3 auf 626,9 Millionen Schilling im kommenden Jahr.

- - -

Finanzausschuß: Hilfe für Wiener Kinos
=====

Wien, 13.12. (RK) Zwischen der Stadtverwaltung und der Wiener Handelskammer wurde eine finanzielle Hilfe für die in ihrer Existenz bedrohten Wiener Kinos vereinbart, die vom Finanzausschuß des Gemeinderates auf Antrag von Stadtrat Otto Schweda einstimmig begilligt wurde. Es werden Freibeträge bei der Vergnügungssteuer bis zur Höhe von 500.000 Schilling jährlich gewährt, wobei diese Freibeträge für die kleinsten Kinos am größten sind.

- - -

Geschäftsgruppe 14 betreut Heizbetriebe
=====

Wien, 13.12. (RK) Finanzstadtrat Otto Schweda teilte Montag im Finanzausschuß des Gemeinderates mit, daß die Betreuung der Heizbetriebe Wien Ges.m.b.H. ab 1. Jänner 1972 von der Geschäftsgruppe für die Städtischen Unternehmungen übernommen wird. Diese Änderung ist bereits vor längerer Zeit angekündigt worden. Die Heizbetriebe bleiben dabei ein selbständiges Unternehmen und werden nicht in die Stadtwerke eingegliedert.

Stadtrat Franz Nekula teilte dazu der "Rathaus-Korrespondenz" mit, daß diese Änderung erfolgt, um die Koordinierung zwischen den drei Energieformen Strom, Gas und Fernwärme zu erleichtern.

- - -

(Fortsetzung des Sitzungsberichtes:)

Planungsdebatte

=====

Wien, 13.12. (RK) GR. Joachim Müller (DFP) bedauert, daß die vom Referenten bei der Sitzung schriftlich vorgelegten Berichte zu spät kommen, um zu ihnen Stellung nehmen zu können. Leider sei das auf dem Planungssektor überhaupt so, daß vieles zu spät komme und dadurch immer wieder Umplanungen und Verzögerungen die Ursache sind. Der Redner kritisiert die Fassaden der Wohnbauten und die Errichtung des Polizeipräsidiiums in einem Stil, der das Gesamtbild der Ringstraße beeinträchtigt. Die geplante Errichtung der Hochschule für Welthandel erfolge am falschen Ort, ebenso wie jene des internationalen Studentenheimes. Ein Überbau der Remise Währinger Gürtel wäre sicher möglich gewesen und das Areal des Währinger Parks wäre als Erholungsgebiet erhalten geblieben. Das gelte auch für die Schmelz, wo man diese einmalige Fläche zerstört, statt sie der Bevölkerung als Grünfläche zur Verfügung zu stellen.

Das Stadterneuerungsgesetz wird sicherlich ein wesentlicher Teil und eine Voraussetzung des Gesamtplanes sein. Enteignungen sollten rasch vorgenommen werden ohne allzulange Verwaltungsprozesse, die Entschädigungen sollten aber gerecht und sozial sein.

Die Fußgängerzone sei zu begrüßen, doch wäre ihre Ausdehnung auf den gesamten Bereich der inneren Stadt notwendig.

Bedauerlich sei, daß die Fußgängerzone anscheinend als zweiter Wurstelprater betrachtet wird. Am Rande der Fußgängerzone müßten ausreichend Parkgaragen geschaffen werden, vor allem der Heldenplatz biete sich hierfür an. Was jedoch mit den Garagen in der Innenstadt werden soll und was man sich bei ihrer Planung und Errichtung dachte, sei unbekannt.

Beim U-Bahn-Bau hätte man die Randgebiete viel mehr berücksichtigen müssen, denn vor allem die Siedlungen am Stadtrand seien verkehrsmäßig kaum erschlossen.

Der Garagenbau bei der Lobkowitzbrücke, dessen Errichtung durch die Weigerung eines Hausbesitzers, sein Haus zu verkaufen, verzögert wird, hätte durch die Stadt Wien und nicht durch eine Privatfirma erfolgen müssen.

Die Aufwendung bedeutender Mittel für die Industrieansiedlung hält der Redner für unzweckmäßig, da der Bedarf an fremden Arbeitskräften dadurch weiter vergrößert wird und die Betriebe auch überwiegend unter Heranziehung fremden Kapitals errichtet werden.

Der Redner kritisiert, daß zu viele Großbauvorhaben auf einmal durchgeführt werden und daß es dadurch zu großen Verzögerungen komme.

Bei allen Planungen müßte man im Auge behalten, was überhaupt noch innerhalb der Stadtgrenzen Platz habe, ohne den Lebensraum der Bewohner zu beeinträchtigen.

Den Ansätzen werde seine Fraktion nicht zustimmen.

GR. Dr. Hirnschall (FPÖ) erklärte, die Änderung der Geschäftseinteilung des Magistrates habe zu einer ausgewogeneren Verteilung geführt. Allerdings sollte die Magistratsabteilung 18 der Baudirektion nicht unter, sondern neben geordnet sein. Hirnschall begrüßte es auch, daß der Umweltschutz nun zur Gruppe Planung gehöre. Freilich sei dieser Problemkreis wie bisher unzureichend mit 650.000 Schilling dotiert. Er stellte daher einen Antrag: den Betrag für den Kampf gegen die Luftverpestung und Lärm sowie um den Gewässerschutz von 650.000 auf drei Millionen Schilling zu erhöhen. Außerdem meinte Hirnschall, daß ein Beirat für den Umweltschutz zu wenig und es daher notwendig sei, einen Beamten mit der Koordinierung und der Realisierung der Projekte zu beauftragen, wie dies in der Steiermark der Fall sei. Er stellte den Antrag, einen solchen Landesbeauftragten zu berufen, der jedes Jahr bis 30. April dem Gemeinderat einen Bericht vorzulegen hätte.

Ausführlich ging Hirnschall auf die Demokratisierungsbestrebungen in der Planung ein. Er zitierte dabei die Erfahrungen aus München, die bei einem Seminar vor wenigen Wochen Wiener Fachleuten zugänglich gemacht worden seien.

Demnach habe man in München mit den im deutschen Städtebau-förderungsgesetz verankerten Partizipationsbestimmungen, denen zufolge die Bürger bei Planungsvorhaben ein unbedingtes Mitspracherecht haben, die besten Erfahrungen gemacht. Dieser Demokratisierungsprozeß sei zwar als mühevoll und auch teuer beschrieben worden, doch habe er andererseits die Qualität der Planungen verbessert und eine breite Zustimmung in der Bevölkerung bewirkt. Im Gegensatz dazu werde in Wien im Entwurf für die neue Bauordnung das letzte Mitbestimmungsrecht der Bezirksvertretung bei Planungsvorhaben eliminiert. Hirnschall bat den Planungsstadtrat, derartige Demokratisierungsmöglichkeiten auch für Wien zu prüfen und vor allem bei "heißen Eisen" zu verwirklichen.

Der freiheitliche Redner beklagte es schließlich, daß zwar eine Fülle von wissenschaftlichen Arbeiten vergeben würde, man aber über deren Ergebnis kaum etwas höre. Was die Fußgängerzone anlange, so müsse dieser Versuch als weitgehend geglückt bezeichnet werden. Man müßte nur von diversen fragwürdigen Attraktionen Abstand nehmen. Seiner Meinung nach sollte man das Experiment verlängern und den Zonenbereich vergrößern.

GR. Neusser (ÖVP) kritisierte die fehlende Möglichkeit eines genauen Studiums des Tätigkeitsberichtes. In diesem Zusammenhang mit der Realisierung des beschlossenen Planungskonzeptes stellte er fest, daß, dieser Beschluß obwohl schon vor zehn Jahren gefaßt, leider nur in sehr wenigen Punkten realisiert worden sei.

Zur Auflockerung der zu dicht verbauten Stadtviertel: Hier sei fast nichts geschehen. "Wir verbauen heute die Zukunft".

Zur Verdichtung der zu lockeren Stadtviertel: Hier führte der Redner die Satellitenstädte als negative Beispiele an. Er reklamierte in diesem Zusammenhang unter anderem den forcierten Bau von Kindergärten und Schulen für diese Neusiedlungen.

Zu den Stadtentwicklungsgebieten: Hier werden wohl Studienaufträge in großer Zahl vergeben, doch deren Realisierung hinkelnach.

Zur Betriebsansiedlung: Die in letzter Zeit eingeleiteten Maßnahmen seien wohl aner kennenswert, der Umstand jedoch, daß im vorliegenden Budget die Mittel dafür ungefähr um 20 Prozent

niedriger liegen, sei ein Wermutstropfen in dieser Entwicklung. Zu zahlreichen Zwischenrufen kam es, als der Debattenredner auf das Kapitel Massenverkehr eingehend, der sozialistischen Fraktion den Vorwurf machte, den bereits vor zehn Jahren möglichen U-Bahn-Bau verhindert zu haben. Im Gegensatz dazu habe seine Fraktion diesen bereits damals gefordert. Als Fehler im Massenverkehr bezeichnete er die Auflassung beziehungsweise die Kappung von verschiedenen Linien des öffentlichen Verkehrs. Ebenso reklamierte Neusser in diesem Zusammenhang die bereits vor einem Jahr versprochene Diskussion des Verkehrskonzeptes im Gemeinderat.

Schutz des Stadtbildes: Auch hier wäre nichts geschehen. Anstatt ein entsprechendes Altstadterhaltungsgesetz zu beschließen, habe man Wiens Innenstadt nur weiter zerstört. Auf die Kapiteln Landschaftsschutz und Grünflächenplanung eingehend, meinte der Redner, daß hier zum Teil erfreuliche Einhelligkeit im Gemeinderat bestünde. Als positives Beispiel für einen sinnvollen Landschaftsschutz nannte er in diesem Zusammenhang die Aufforstung des Laaer Berges. Als überaus negativ bezeichnete er die Tatsache, daß die Au-landschaft in der Wiener Lobau immer mehr und mehr durch verschiedene Bauvorhaben gefährdet werde. Im Interesse der Luftreinhaltung der Stadt begrüßte er auch den "Kampf um die Bäume". Er stellte den Antrag, die bestehenden Strafbestimmungen zu verschärfen.

Mangelnde räumliche Ausdehnungsmöglichkeiten einerseits, die ständige Anspannung des Arbeitsmarktes andererseits bezeichnete GR. Czettel (SPÖ) als die Hauptprobleme der Wiener Wirtschaft - übrigens seien das nach dem Ergebnis einschlägiger Untersuchungen auch meist die Hauptursachen für die Abwanderung von Betrieben aus der Bundeshauptstadt. Hier komme hinzu, daß die Planung der Stadtverwaltung in Wirtschaftsdingen bei weitem nicht so viel Spielraum habe wie bei Stadtentwicklungsfragen im allgemeinen.

Trotz dieses Handikaps habe die Stadt alles darangesetzt, um die Dinge zum Besseren zu wenden: Bisher seien in den Betriebsansiedlungsgebieten des 14., 21. und 23. Bezirks nicht weniger

als 3,7 Millionen Quadratmeter Grund aufgeschlossen worden, und das mit Kosten von fast 600 Millionen Schilling. Abgesehen von Ansiedlungen ganz neuer Betriebe (die bisher keinen Wiener Standort hatten) hätten nicht weniger als 60 Wiener Betriebe von der Möglichkeit einer Umsiedlung Gebrauch gemacht.

Sehr eingehend nahm der Redner zum Arbeitsmarktproblem Stellung: Die permanente Anspannung werde nicht vor Ende der Siebzigerjahre aufhören. (Bekanntlich entfallen in Wien auf einen Arbeitssuchenden 1,8 offene Stellen). Czettel verwies aber auch auf den Umstand, daß dieser Mangel an Arbeitskräften in hohem Maße ein qualitativer und nicht nur ein quantitativer sei - eine Tatsache, deren Schwere besonders ins Licht rückt wenn man bedenkt, daß Wiener Produkte ja in erster Linie wegen ihrer Güte Weltruf haben und daß das Schergewicht der Wiener Wirtschaft nicht auf dem Gebiet der Massenproduktion liegt.

Besonders rückend sei der Lehrlingsmangel: Würde das sinkende Interesse an den Lehrberufen nicht durch Zugang - und zwar ständig steigenden Zugang - aus den Bundesländern wettgemacht, wäre die Situation katastrophal. Dieser Umstand erfordere aber auch den Bau von mehr und besseren Lehrlingsheimen.

Nach seiner Kenntnis, erklärte Czettel, gebe es in Wien kein Lehrlingsheim, das von einer unternehmerischen Institution geführt werde. Hier solle sich die Wiener Wirtschaft in Zukunft stärker engagieren.

Nur die Bewältigung der beiden Hauptprobleme - Platzmangel und Arbeitsmarktsituation - werde gewährleisten, daß die Wiener Wirtschaft ihr eindrucksvolles Wachstum auch weiter halten könne - zur Sicherung der Arbeitsplätze, des Wohlstandes und der Zukunft aller Wiener Bürger.

GR. Dr. Goller (ÖVP) warf der Stadtplanung fehlende Koordinierung und Konzeptlosigkeit vor und führte Vorgänge um die zeitlich begrenzten Bausperren als Beispiel an. So seien 1967 Bausperren über ausgedehnte Gebiete in mehreren Bezirken, sowohl im dichtverbauten Gebiet wie am Stadtrand, verhängt worden, die bis zum gesetzlich möglichen Höchstmaß von vier Jahren ausgedehnt

wurden. Die Verlängerungen wurden damit begründet, daß die bereits geleisteten umfangreichen Arbeiten nicht gefährdet werden sollten. Nach vier Jahren sind diese Bausperren - von zwei kleinen Ausnahmen abgesehen - ersatzlos ausgelaufen, ohne daß neue Flächenwidmungs- und Bebauungspläne vorgelegt wurden. Bausperren bedeuten einen Eingriff in das Wirtschaftsleben. Wenn man sie dann einfach ablaufen läßt, dann ist das ein Schaden für die Stadtverwaltung, die die Möglichkeit, neue Pläne im Sinne eines Stadtentwicklungskonzeptes festzulegen, ungenützt verstreichen ließ - und für die Wirtschaft, die für ihre Vorhaben die inzwischen gestiegenen Baupreise bezahlen muß.

Viele Sünden habe die Planung in Fragen des Umweltschutzes begangen. Der sogenannte Altmannsdorfer Autobahnzubringer führt mitten durch den von der Stadt gekauften Draschepark. Ein Erholungsgebiet ist damit für immer verlorengegangen. Stadtrat Ing. Hofmann kündigte den Ausbau der Entwicklungsachse Stadlau-Ost an. Über dieses Gebiet führt die Einflugschneise zum Flughafen Schwechat. Eine Einflugschneise ist kein Gebiet für den Wohnbau.

Abschließend verlangte Dr. Goller mehr Transparenz und Mitsprachemöglichkeit bei der Planung für den Gemeinderat, die Bezirksvertretungen und die Bevölkerung. Die Ankündigung, die U-Bahn-Station Taubstummengasse bis 1973 zu errichten, also lange vor Beginn des U-Bahn-Verkehrs, sei allerdings keine Transparenz sondern Show-Business.

GR. DDr. Strunz (ÖVP) stellte einen von ihm im November gestellten Antrag auf Ausarbeitung eines Umweltschutznetzplanes in den Mittelpunkt seines Debattenbeitrages zur Geschäftsgruppe Planung. Dies deshalb, weil nun nach Änderung der Geschäftsordnung die Stadtbauamtsdirektion und damit auch das Referat Netzplantechnik zu dieser Geschäftsgruppe gehört. Er freue sich, meinte DDr. Strunz, daß Planungsstadtrat Hofmann bereits auf diesen Antrag reagiert habe und die Möglichkeiten der Koordinierung der Maßnahmen für den Umweltschutz prüfen lasse.

Nur ein Netzplan, der gerade wegen seiner Einfachheit universell verwendbar sei, biete die Möglichkeit, tatsächlich Prioritäten im

Kampf gegen die Verschmutzung der Luft des Wassers und des Raumes zu setzen. Der Redner bedauerte, daß für die Erstellung eines umfassenden Umweltschutzplanes noch viele Einzelheiten fehlen. Man habe beispielsweise noch nie untersucht, warum Österreich in der Krebsstatistik an der Spitze nahezu aller Länder steht. Auch die Einzelfaktoren, die zur Luft- und Wasserverschmutzung führen, seien bei uns zu wenig ausgelotet. Nur wenn man dies nachhole, könne ein umfassender Umweltschutzplan für Wien ausgearbeitet werden.

GR. Edlinger (SPÖ) ging auf wesentliche Maximen einer zeitgemäßen Stadtplanung ein.

Stadterneuerung: Diese sei nicht nur als technischer Vorgang, sondern vor allem politisch-ideologisch zu betrachten. Zunächst sei die Stadterweiterung mit all ihrer Problematik im Vordergrund gestanden, nun werde das Schwergewicht auf die Reaktivierung historisch gewachsener Stadtteile gelegt. Für diese Stadterneuerung seien gesetzliche Voraussetzungen notwendig, wenn wir nicht den Weg amerikanischer Städte gehen wollen.

Edlinger plädierte energisch für eine demokratische Bodenpolitik: das Bauland könne nicht mehr wie eine beliebig vermehrbare Ware und als Spekulationsobjekt gehandelt werden. Den Massenmedien komme die wichtige Aufgabe zu, hier wahrheitsgemäß und korrekt die erforderlichen Zusammenhänge aufzuzeigen.

Umweltschutz: Der Redner verwies auf die Ab- und Neuan siedlung schmutzverursachender Industriebetriebe, auf die Schaffung neuer Grünflächen und Fußgängerzonen sowie auf den Bau einer Großkläranlage. Die Kardinalfrage, nämlich die Finanzierung müsse nach dem "Verursacherprinzip", wie dies in der Regierungserklärung Kreiskys festgestellt wurde, gelöst werden.

Gastarbeiter: Es gelte, nicht nur deren wirtschaftliche Notwendigkeit für unbestritten zu halten, vielmehr haben diese Arbeiter ein Recht auf Solidarität und gleichberechtigte Eingliederung. Durch entsprechende Maßnahmen zu dieser Eingliederung - der Redner erwähnte den kürzlich beschlossenen Fonds - werde die Gefahr der Isolierung und damit einer Slum-Bildung herabgemindert.

In seinem Schlußwort ging Stadtrat Ing. Hofmann zunächst auf den Umweltschutz ein: Viele Probleme könnten sicher nicht von der Stadt, sondern nur in Zusammenarbeit mit der Region gelöst werden. Was die Bausperren anlange, so stellten sie gewiß einen oft unangenehmen Eingriff dar, seien aber im Hinblick, gerade auf die Großvorhaben der U-Bahn und des Straßenbaues auch in ihrer zeitlichen Ausdehnung kaum zu umgehen.

Die zweite Piste für Schwechat werde sicher eine Verbesserung bringen, weil die Flugschneisen dann lediglich an der Peripherie Wiens liegen würden. Vor der Entscheidung über die dritte Piste werde man sich noch den Kopf zerbrechen müssen. Der Hochwasserschutz werde sicherlich nicht zu einer Zerstörung der Aulandschaft führen.

Was die Vorwürfe anlange, die SPÖ hätte in den letzten 25 Jahren auf dem Gebiet der Planung Fehler gemacht, so bekenne er sich zu diesen Fehlern. Man dürfe aber auch nicht vergessen, daß heutige Erkenntnisse anders seien als frühere. So seien auch einige Überlegungen des Konzeptes von Prof. Rainer schon überholt. Dies entspreche nur der Tatsache, daß Planen eben ein dauernder Prozeß sei. Die Arbeit des Architekten Gruen würde in den nächsten Wochen abgeliefert und dann den Gemeinderäten zur Verfügung stehen.

Der vielfach erhobenen Kritik gegen die Gestaltung der Fußgängerzone könnte er durchaus zustimmende Briefe über die Musik und sogar die Riesenbälle entgegensetzen, fuhr Hofmann fort. Er gab dann bekannt, daß das Experiment ab morgen, Dienstag, gleichsam in seine letzte Phase trete und die Fußgängerzone bar aller Gestaltungselemente, also auch ohne die zusätzliche Fassadenanstrahlung, zur Verfügung stehen werde.

Ausführlich beschäftigte sich der Planungsstadtrat sodann mit den Demokratisierungsbestrebungen des Planungsprozesses: es sei dies noch immer ein nicht ganz gelöstes Problem, wie auch die Münchner Fachleute zugegeben hätten. Wie solle man die Bevölkerung objektiv informieren und wer zähle überhaupt zum Kreis der vom Planen betroffenen? Freilich sei er der Meinung, daß man nicht warten dürfe, bis das Interesse aus der Bevölkerung an die Verwaltung herangetragen werde. Aber es sei auch die Frage zu prüfen, bei welchen Planungsmaßnahmen man überhaupt aktiv werden solle? Er müsse allerdings ernsthaft davor warnen,

wenn die Betroffenen statt mit Information mit politischer Propagande versehen würden. Dann werde nämlich die gesamte Demokratisierungsbestrebung so gut wie unlösbar.

Abstimmung: Die Ansätze werden mit den Stimmen SPÖ, ÖVP und FPÖ angenommen.

(Unterbrechung des Sitzungsberichtes)

- - -

Die Grippesituation in Wien

Wien, 13.12. (RK) In der Virologischen Lehrkanzel der Universität (Vorstand Prof. Dr. Kunz) mehren sich in den letzten Tagen Rachenanstriche, in denen das Influenza-Virus A 2-Hongkong gefunden werden konnte. Beim klinischen Krankheitsverlauf fiel bei diesen Patienten ein außergewöhnlich hoher Fieberanstieg auf, der aber bereits nach ein bis zwei Tagen die kritische Entfieberungsphase aufweist. Komplikationen (wie etwa übermäßige Kreislaufbelastung) konnten bisher nicht beobachtet werden. Allerdings verstarb ein 42jähriger Mann, dessen Obduktionsdiagnose "hämorrhagische Tracheobronchitis, Grippe" ergab.

Die Anzahl der grippeartigen Erkrankungen in Wien ist, wie Oberstadtphysikus Dr. Krassnigg, in einer Stellungnahme feststellte, bisher noch im saisongemäßen Rahmen. Eine fortlaufende Überwachung ergab in der letzten Woche, daß in Wien etwa 11.000 Personen an Grippe erkrankt waren. Auch der Absenzenstand in den Schulen und Betrieben ist mit rund vier Prozent noch als durchaus normal zu bezeichnen. Es ist jedoch zu rechnen, daß bei einem Teil der auftretenden grippeartigen Erkrankungen echte A 2-Hongkong-Virus-Grippe zu beobachten sein werden. Zur Frage einer spezifischen individuellen Prophylaxe (Schutzimpfung) stellte Oberstadtphysikus Dr. Krassnigg im Einvernehmen mit der Virologischen Lehrkanzel der Stadt Wien fest, daß eine Grippeimpfung im Inkubationsstadium zu einem schwereren Krankheitsverlauf führen kann. Impfungen in Grippezeiten sollten nur in dringenden Fällen nur unter gleichzeitiger Abschirmung durch mehrere Tage und entsprechender Verabreichung spezifischer Grippemittel vorgenommen werden.

Wasserröhrbruch stört Straßenbahnlinie 8

Wien, 13.12. (RK) Sonntag um 19.09 Uhr kam es auf dem Währinger Gürtel, bei der Leo Slezak-Gasse, zu einem Wasserrohrbruch, durch den die Gleisanlage der Straßenbahnlinie 8 unterwaschen wurde. Es entstand ein Hohlraum von vier Meter Länge, drei Meter Breite und 1.50 Meter Tiefe unterhalb der Gleise. Von 21.30 bis zur Behebung des Schadens um 22.48 konnte dieser Gleisteil deshalb nicht befahren werden, die Züge der Linie 8 wurden über die Trassen der Linien 43, 9 und 42 umgeleitet.

- - -

Neuer Röntgenzug in Dienst gestellt

=====

Wien, 13.12. (RK) Für das Gesundheitsamt der Stadt Wien übernahm Montag vormittag Gesundheitsstadtrat Dr. Otto Glück den neuen Röntgenbus, für dessen Ankauf die Stadt Wien 1,5 Millionen Schilling zur Verfügung gestellt hat. Der rot-weiße Bus enthält zur Tuberkulose-Früherkennung eine durch Bleiplatten abgeschirmte strahlensichere Kabine mit einer Röntgenapparatur, die pro Stunde bis zu 100 Untersuchungen vornehmen kann. Die Wartenden und das Bedienungspersonal sind also vor Röntgenstrahlen absolut geschützt. Der Anmeldeschalter befindet sich im hinteren Teil des Autobusses und ist durch beide Seitentüren erreichbar. Der Röntgenbus ist mit einer Dieselöl-Warmwasserheizung und einer Klimaanlage ausgerüstet.

- - -

Zentralsparkasse finanzierte 187.000 Wohnungen
=====

Wien, 13.12. (EK) Wie groß der Anteil der Zentralsparkasse der Gemeinde Wien bei der Finanzierung von Wohnbauten ist, geht daraus hervor, daß dieses Institut in den letzten 20 Jahren den Neubau und die Bestandsicherung von nicht weniger als 187.000 Wohnungen finanziert hat. Allein in diesem Jahr wurde Finanzhilfe in der Höhe von 370 Millionen Schilling gewährt, womit 8.100 Wohneinheiten gebaut werden können.

Mit den neuen Wohnbauförderungsbestimmungen erwartet die "Z" ab dem kommenden Jahr eine steigende Inanspruchnahme von Geldern für den Wohnbau.

Auch auf anderen Gebieten der kommunalen Finanzierung leistet die Zentralsparkasse beträchtliches. 1971 wurden insgesamt 1,8 Milliarden Schilling für Zwecke der öffentlichen Hand aufgewendet, davon allein 1,4 Milliarden für Gemeinden. Die Finanzierungen der Zentralsparkasse betreffen vor allem Kraftwerksbauten, Autobahnbau, Umweltschutzinvestitionen und andere infrastrukturelle Maßnahmen im kommunalen Bereich.

"Starthilfe-Kreditaktion"

Eine neue Aktion der Zentralsparkasse gemeinsam mit der Ersten Österreichischen Sparcasse wird sicher von allen jungen Ehepaaren begrüßt werden. Mit Beginn des kommenden Jahres gewähren die beiden Geldinstitute zusätzlich zu der vom Staat gewährten Hausstandsgründungsbeihilfe in der Höhe von 15.000 Schilling für jedes junge Ehepaar einen "Starthilfe-Kredit" in der gleichen Höhe. Dieser Kredit ist im ersten Jahr rückzahlungsfrei.

- - -

Ehrengrab für Max Mell
=====

Wien, 13.12. (RK) Bürgermeister Felix Slavik hat angeordnet, für den heute Nacht in Wien verstorbenen österreichischen Schriftsteller und Dramatiker Max Mell ein Ehrengrab im Wiener Zentralfriedhof zu widmen.

- - -

(Fortsetzung des Sitzungsberichtes:)

Hochbaudebatte
=====

Wien, 13.12. (RK) GR. Wölger (DFP) kritisiert die Erhöhung der Ansätze dieser Gruppe, werden sie doch seiner Ansicht nach weiter dazu beitragen, Wien in einen noch größeren Schuttplatz zu verwandeln. Es habe jedoch nicht nur der Hochbau allein Anteil an dieser Zerstörung sondern auch der Straßenbau trage dazu bei. Man müßte sich fragen, ob man in Wien beabsichtigt, das Stadtbild zu zerstören, wertvolle Gebäude abzureissen und durch primitive Architektur zu ersetzen. So wie heute über die Zinskasernen der Gründerzeit geurteilt werde, werden unsere jetzigen Gemeindehäuser in wenigen Jahren beurteilt werden. Auch die Beschaffenheit der Wohnungen wäre nicht der Zeit entsprechend. Er stellt die Frage, welcher Erholungsraum für größere Siedlungen geschaffen werde.

Als erfreulich bezeichnet der Redner die Entwicklung auf dem Bädersektor, meint aber, man hätte bereits früher Saunananlagen und entsprechend Schwimmbäder errichten müssen. Das Sprungbecken im Ottakringer Bad sei zu klein und dadurch gefährlich.

Abschließend verlangt der Redner, auch künftighin in Altbauten Aufzüge einzubauen und die nötigen Mittel dafür zu veranschlagen. Den Ansätzen stimme seine Fraktion nicht zu.

GR. Prof. Dr. Wolfram (FPÖ) befaßte sich am Anfang seiner Ausführungen mit dem sinkenden Anteil des Wohnbaues. Dies sei umso unverständlicher, da es in Wien derzeit noch immer 2.500 Wohnungen mit fünf Quadratmeter Wohnraum gebe, in denen 13.000 Menschen wohnen, beziehungsweise 54.000 Wohnungen mit fünf bis zehn Quadratmeter großen Wohnräumen, die von 210.000 Menschen bewohnt werden. Schwerpunkt der kommenden Wohnbauvorhaben muß daher die Qualitätsverbesserung sein. Mit Wohnsilos könne man sich dieser Aufgabe keineswegs entledigen. Das Vorhandensein eines privaten Wohnbaues würde sich bestimmt auch in dieser Beziehung auch für den kommunalen Wohnhausbau positiv auswirken.

Bezüglich des Fernwärmewerkes Spittelau richtete der Redner an den Stadtrat die Frage, welchen Zwecken die im Budget vorgesehene 34,5 Millionen Schilling zugeführt werden.

Abschließend forderte er weniger Protektionismus bei der Vergabe von Bauvorhaben. Trotz verschiedener Mängel würde jedoch seine Fraktion dem vorliegenden Budgetentwurf die Zustimmung erteilen.

GR. Dr. Wöber (ÖVP) gestand einen gewissen Fortschritt in der architektonischen Gestaltung der Gemeindebauten zu, verwies aber darauf, daß in der Anordnung infrastruktureller Einrichtungen die größeren Zusammengehörigkeitskategorien - und zwar schon in der Planung - berücksichtigt werden müßten. Einkaufsmöglichkeiten, Schulen, Kindergärten, Arbeitsplätze (vor allem für Frauen), Erholungsräume und Freizeiteinrichtungen bildeten zusammen mit der reinen Wohnmöglichkeit jene Kombination, die vor allem jüngeren Architekten eine Chance böte, neue Siedlungen mit Urbanität zu entwickeln.

Wöber schnitt aber auch die Problematik der Budgetdebatten im allgemeinen an ("weil beim Hochbau gerade die Halbzeit erreicht ist"). Die Presse behauptete nicht zu Unrecht, daß hier vieles überholungsbedürftig sei. Bemerkungen in dieser Richtung seien auch schon von den Stadträten Schweda und Hofmann zu hören gewesen. Die Tätigkeit des Gemeindeparkaments müsse aktueller und informativer werden, Debattendürften nicht einfach dahinplätschern.

Wöber erneuerte in diesem Zusammenhang die ÖVP-Forderung nach Einführung einer mündlichen Fragestunde. Die rasche Aufeinanderfolge von Frage und Antwort in ein und derselben Sitzung sei für die Massenmedien sicher attraktiver als das derzeitige System, bei dem zwischen Frage und Antwort immer die nächste Sitzung abgewartet werden müsse. Darüber hinaus sei zu überlegen, ob nicht auch der Voranschlag selbst für den Bürger überschaubarer gemacht werden sollte - und wenn schon nicht das, ob man nicht gewissermaßen eine "Klarsicht-Version" des Voranschlages zusätzlich erstellen solle, speziell für die öffentliche Einsichtnahme. Dann werde vielleicht nicht mehr nur eine so bedrückend geringe Anzahl von Bürgern (1971: 131) vom Recht der "Erinnerungen", also eigener Vorschläge, Gebrauch machen.

Über neue Entwicklungen im Hochbau sprach GR. Dipl.-Volkswirt Karoline Pluskal (SPÖ), wobei sie zuerst auf die Wohnungen für Körperbehinderte verwies. Die Zahl der Körperbehinderten steigt, vor allem infolge der Zunahme der Verkehrsunfälle, ebenso steigt die Zahl älterer gebrechlicher Menschen infolge der Erhöhung der Lebenserwartung. Manche dieser Menschen müssen in Heime eingewiesen werden, bei anderen besteht jedoch die Möglichkeit, sie ins normale Gemeinschaftsleben einzugliedern, wenn entsprechend Wohnungen gebaut werden. Nun sind in der Berteégasse die ersten vier Wohnungen für Körperbehinderte im Bau, weitere 26 werden eine eigene Stiege in der Per Albin Hansson-Siedlung Ost bilden. An vieles muß dabei gedacht werden: Zum Lift dürfen keine Stufen führen, im Vorzimmer muß genug Platz zum Wenden eines Rollstuhls sein, Liftknöpfe und Lichtschalter müssen vom Rollstuhl aus erreichbar sein, die Kücheneinrichtung muß entsprechend gestaltet werden usw. Diese ersten Wohnungen für Körperbehinderte sollen Erfahrungen für die Zukunft liefern.

Mit neuen Methoden wird auch ein Problem bewältigt, das in neuen Wohnanlagen besteht: Anfangs ist ein sehr großer Bedarf an Kindergartenplätzen und Schulen zu bewältigen, der jedoch nach zehn bis fünfzehn Jahren stark nachläßt. In der Großfeldsiedlung werden für die erste Zeit Kindergartengruppen in Räumen untergebracht, die später als Wohnungen benützt werden können. Nun wurde der völlig neue Gebäudetyp des Schul-Wohn-Hauses entwickelt: Zuerst dient es als Schule, wenn es dafür nicht mehr benötigt wird, kann es mit relativ geringem Aufwand in ein Wohnhaus umgewandelt werden.

Andere Städte interessieren sich bereits für diese Wiener Neuentwicklungen. Wien beweist den Mut zum Experiment. Dipl.-Volkswirt Pluskal schloß mit einem Bekenntnis zur "schöpferischen Unruhe", die Fertiges immer wieder in Frage stellt und Neues erprobt und damit ständig das zweckmäßigere, wirtschaftlichere und Bessere sucht.

GR. Traindl (ÖVP) vertrat in seinem Debattenbeitrag die Ansicht, daß beim Schulbau fast ausschließlich die Quantität im Vordergrund stehe und der Qualität zu wenig Augenmerk geschenkt werde. Man habe es beim Schulbau bisher verabsäumt, den modernsten

Erkenntnissen der Pädagogik, der Soziologie, der Psychologie und der Architektur Rechnung zu tragen. Wenn man mit modernen Methoden in den Wiener Schulen Schwierigkeiten habe, so sei das sehr wesentlich auch auf die baulichen Mängel zurückzuführen. Der Gruppenunterricht fordere Formen des Schulbaues, die bisher nicht verwirklicht wurden. Noch immer werde zu starr geplant und gebaut. Die moderne Schule sollte gesellschaftliches Zentrum sein, meinte Traindl, man würde sich den Bau vieler Häuser der Begegnung ersparen, wenn man diesem Aspekt gerecht werden würde. Sie müßte ein echter Mehrzweckbau sein, der von frühmorgens bis spät abend hundertprozentig ausgenützt wird und deren Einrichtungen - Leseräume, Bibliotheken, Sprachlabors und Sportstätten - allen zugänglich sind.

Der Redner regte an, eine Schulbaukommission ins Leben zu rufen, die in Zusammenarbeit mit den Fachleuten und der Stadtverwaltung die modernsten Erkenntnisse erarbeitet und dem Schulbau jene Impulse vermittelt, die er dringend notwendig hat. Mehr Geld für die Planung beim Schulbau könne die Möglichkeit für eine bessere Arbeit schaffen.

GR. Schemer (SPÖ) stellt einleitend fest, daß mit den vorhandenen Ansätzen der Bau von 5.000 Wohnungen gesichert sei. Das Fehlen eines Bodenbeschaffungs- und Assanierungsgesetzes zwinge jedoch dazu, unaufgeschlossene Gebiete baureif zu machen und neue Wohnzentren am Stadtrand zu errichten: Fachleute haben errechnet, daß die Aufschließungskosten für eine Wohnung so hoch sind, wie die Baukosten selbst. Darüber hinaus müssen noch bedeutende Beträge für die Schaffung entsprechender öffentlicher Verkehrsmittel in diese Gebiete aufgewendet werden und ebenso ist für Gemeinschaftseinrichtungen, wie Schulen, Einkaufszentren usw. vorzusorgen. Es erhebt sich daher die Frage, wie lange kann es sich eine Stadt leisten, am Stadtrand neue Wohnviertel zu errichten und alte dem Verfall preiszugeben? Privatinitiative wird dieses Problem nicht lösen können. Die Sozialisten begrüßen es daher, daß die Bundesregierung dem Problem der Bodenbeschaffung und Assanierung absoluten Vorrang eingeräumt hat und in Kürze ein entsprechendes Gesetz im Parlament beschlossen wird.

Zur Kritik an der Architektur: Die städtischen Wohnhausbauten unterscheiden sich in der Architektur in keiner Weise von Privat- oder Genossenschaftsbauten, ja diese kommen oft nicht einmal an die städtischen heran. Es mag sein, daß die Fassaden der Häuser aus der Gründerzeit manchmal ansprechender waren, keineswegs waren es aber die hygienischen Einrichtungen.

Der Redner kommt sodann auf die geplante Wohnsiedlung am linken Donauufer auf den ehemaligen Trabrenngründen, zu sprechen. Auf einem 22 Hektar großen Areal soll eine Wohnsiedlung mit gedeckten Fußwegen entstehen. Geschlossene Höfe werden über Spiel- und Erholungsflächen verfügen, und eine Trennung zwischen Fußgänger- und Fahrverkehr ist vorgesehen. Es wird für unterirdische Parkplätze und natürlich ausreichende Geschäftslö-kale vorgesorgt. Im Anschluß an dieses neue Wohngebiet ist an die Schaffung von Betrieben mit ausreichenden Arbeitsmöglichkeiten gedacht.

Der Redner nimmt dann gegen Pressemeldungen Stellung, die den Wohnwert und die Wärmeversorgung der städtischen Wohnungen vollkommen falsch beurteilen. Der 1961 einsetzende Montagebau habe sich bestens bewährt. Sicherlich gab es auch hier, wie bei allen Baumethoden, kleine Mängel, die aber beseitigt werden konnten. So war es möglich, eine Verbesserung der Wärmedämmung zu erreichen.

Zu den Heizkosten: Auch hier seien die Pressemeldungen bezüglich überhöhter Heizkosten falsch gewesen. So haben zum Beispiel von den 267 Mietern der Wohnhausanlage 22, Pogrelzstraße 126 für die Heizperiode 1969/70 - ein sehr kalter Winter - Gutschriften mit einer Gesamtsumme von 85.000 Schilling erhalten. 141 Mieter mußten Nachzahlungen in einer Gesamthöhe von rund 120.000 S leisten. Für die Beheizung einer 70 Quadratmeter großen Drei-Zimmer-Wohnung wurden für eine siebenmonatige Heizperiode 3.000 Schilling berechnet, bei 55 Quadratmeter 2.500 Schilling. Es wird also keine andere Heizform geben, die durch 24 Stunden hindurch gleichmäßige Wärme um diesen Preis bietet.

Stadtrat Pfösch nahm im Schlußwort zuerst zur Frage der Wohnungsgrößen Stellung. Die neuen Gemeindewohnungen haben eine Durchschnittsgröße von 75 Quadratmeter und liegen damit im

europäischen Mittelfeld. Es werden nur mehr je fünf Prozent A- und B-Typen gebaut, hingegen 75 Prozent C-Typen und 15 Prozent D-Typen.

Aufzüge: In den letzten Jahren wurde die Kapazität der österreichischen Aufzugsfirmen bis zur äußersten Grenze ausgelastet.

Budgetansätze: Die Ansätze für den Hochbau erscheinen nur deshalb niedriger, weil einige Agenden aus dieser Geschäftsgruppe herausgenommen wurden. So kam der Bau der Fernwärmeanlagen in Spittelau, Kagran und im Süden der Stadt nach Gründung der Fernheizwerkegesellschaft zur Finanzgruppe, Beträge für Ergänzungsarbeiten und Grundfreimachungen scheinen in den Gruppen 10 und 11 auf.

Wohnbau: Es wird keine Reduzierung des Wohnbaus geben. Das Versprechen, in fünf Jahren 65.000 Wohnungen zu bauen oder zu fördern, wird eingehalten werden können. Klippen gab es durch die ungünstigen Bestimmungen der Wohnbauförderung 1968, sie wurden durch die Initiative von Stadtrat Suttner beseitigt. Schwierigkeiten gibt es auch bei der Grundstückbeschaffung.

Zur Wohnqualität betonte Stadtrat Pfoch, daß sie in den neuen Wohnhausanlagen garantiert jener im dichtverbauten Stadtgebiet entspreche. Auch die Voraussetzungen für die Infrastruktureinrichtungen seien von der Planung her getroffen. Diese werden jedoch - oft wegen mangelnder Privatinitiative - noch nicht immer gleich voll wirksam. Zu dem in der Per Albin-Hansson-Siedlung Ost in Aussicht genommenen Terrassenhaus erklärte der Stadtrat, daß eine Ausschreibung zu hohe Quadratmeterpreise erbrachte, was eine Verzögerung des neuartigen Bauvorhabens zur Folge haben wird.

Vorwürfe gegen die Schulbauarchitektur treffen nicht zu, da hier erstrangige Architekten eingesetzt werden.

Bäderpreise: eine Regelung bedeute Erhöhung unter Berücksichtigung der Leistung. Die rund 56 verschiedenen Tarife sollen vereinheitlicht werden.

Fragenbeantwortung: soweit möglich, werden im Ausschuß gestellte Fragen sofort behandelt.

Körperbehindertenwohnungen: im 13., ferner im 10. und im 21. Bezirk werden nun nacheinander "maßgeschneiderte" Spezialwohnungen nach letzten Erkenntnissen gebaut.

Projektschulwohnhaus: Das entwickelte Objekt werde Dank seiner hohen Flexibilität den Erfordernissen voll gerecht. Zum Schulbau erklärte Stadtrat Pfoch ferner, daß die in Arbeit befindliche Untersuchung über die Auswirkung neuer pädagogischer Konzepte unter Einsatz aller einschlägigen Wissenschaftler durchgeführt werde. Übrigens stimme es, daß der Schulbau in der Stadt Wien etwas teurer als in den Bundesländern komme. Deren Angaben seien aber oft nicht vollständig, etwa hinsichtlich der Grunderwerbskosten.

Schließlich verwies der Hochbaustadtrat auf die oft jahrelangen Bemühungen bei Assanierungsprojekten. Freilich könnten hier nicht beliebig hohe Preise beim Grunderwerb gezahlt werden.

Abstimmung: mit den Stimmen der SPÖ, ÖVP und FPÖ angenommen.

Die Beratungen werden morgen Dienstag, um 9 Uhr, mit der Behandlung der Geschäftsgruppe VIII, Tiefbau (Referent Stadtrat Kurt Heller, SPÖ) und im Anschluß daran mit der Geschäftsgruppe IX, Baubehördliche und sonstige technische Angelegenheiten (Referent Stadtrat Dkfm. Dr. Maria Schaumayer, ÖVP) fortgesetzt.

(Unterbrechung des Sitzungsberichtes)

- - -

adoptiertes puppenglueck

31 wien, 13.12. (rk) so wie jedes jahr vor weihnachten gab es auch heuer wieder im wiener rathaus das traditionelle ''adoptierte puppenglueck''. im rahmen einer kleinen feier ueberreichte wohlfahrtsstadtrat maria j a c o b i in anwesenheit von mitgliedern des wohlfahrtsausschusses montag im wappensaal des rathauses kleinen maedchen puppen zur adoption.

bei den kindern handelt es sich um pflegekinder bzw. um heimzoeglinge der stadt wien. waehrend 50 maedchen zunaechst probeweise ein puppenkind erhielten, ueberreichte die stadtraetin 50 weiteren den schenkungsbrief, womit die vor einem jahr uebergebenen puppen in deren besitz uebergehen.

die aktion wurde von frau jacobi ins leben gerufen. ihr sinn ist es, die maedchen auf ihre spaeteren muetteraufgaben vorzubereiten.

1649

100. geburtstag in doebling

33 wien, 13.12. (rk) ~~ihren~~ 100. geburtstag feierte montag frau josefa b l o c e k aus dem 19. bezirk, glatzgasse 9. buergermeister felix s l a v i k, der der jubilarin in begleitung von bezirksvorsteher franz w e b e r einen besuch abstattete, ueberbrachte dem geburstagskind die besten wuensche sowie die ehrengeschenke der stadtverwaltung.

frau blocek wurde am 13. dezember 1871 in cadowe (cssr) geboren, und war von beruf garderobierin. sie ist ledig und lebt mit einer ihrer nichten im gemeinsamen haushalt.

1655

rinderhauptmarkt vom 13. dezember

26 wien, 13.12. (rk) unverkauft vom vormarkt: 2 kuehe, summe 2. neuzufuehren inland: 8 oechsen, 115 stiere, 199 kuehe, 64 kalbinnen, summe 386. gesamtauftrieb: 8 oechsen, 115 stiere, 201 kuehe, 64 kalbinnen, summe 388. verkauft alles.

notierungen: oechsen 17 bis 19, stiere (14.10/1 stueck) 16 bis 18.90, kuehe 11.60 bis 15.80, extrem 17.20 (1), kalbinnen 16.50 bis 18.50, extrem 18.70 (1), beinlvieh: kuehe 11 bis 11.40, oechsen und kalbinnen 13 bis 16.

der durchschnittspreis erhoehte sich bei oechsen um 75 groschen, bei kuehen um 14 groschen und bei kalbinnen um 23 groschen und ermaessigte sich bei stieren um 29 groschen je kilogramm. die durchschnittspreise einschliesslich beinlvieh betragen: oechsen 17.01, stiere 17.66, kuehe 12.97, kalbinnen 17.09, beinlvieh verteuerte sich bis zu 15 groschen je kilogramm.

auftrieb und preis im auslandsschlachthof (laut mitteilung des veterinaeramtes): 24 stiere aus ungar, verkauft zum preis von 18.50 bis 18.70 je kilogramm.

1514

ergaenzung zu: ehrenggrab fuer max mell

32 wien, 13.12. (rk) der in der letzten nacht verstorbene dichter max m e l l war auch ehrenringtraeger der stadt wien. das ehrenggrab fuer den aus marburg (untersteiermark) gebuertigen dichter wird in der gruppe 32 c des wiener zentralfriedhofs liegen.

1650